

Zwischen

**dem Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V., Schiffgraben 36,  
30175 Hannover**

und

**der IG Metall Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Postkamp 12,  
30159 Hannover**

wird folgende

**Änderung von § 3.13.3 des Manteltarifvertrages  
mit Wirkung zum 1. September 2022**

vereinbart:

**§ 3.13.3 MTV erhält folgenden Wortlaut**

Der Freistellungsanspruch beträgt 8 Tage für Beschäftigte, bei denen sich die Arbeitszeit regelmäßig auf 5 Tage pro Woche verteilt.

Protokollnotiz: Für Beschäftigte, bei denen sich die Arbeitszeit nicht regelmäßig auf 5 Tage verteilt, berechnet sich der Freistellungsanspruch anteilig.

Ergibt sich durch die Umrechnung des Freistellungsanspruchs ein Dezimalwert, wird dieser Dezimalwert durch stundenweise Freistellung ausgeglichen. Dies kann auch durch eine entsprechende Zeitgutschrift auf einen Zeitkonto realisiert werden.

Die Freistellung muss in dem Kalenderjahr realisiert werden, für das sie beantragt wurde. Eine Übertragung des Freistellungsanspruchs auf das Folgejahr ist ausgeschlossen. Falls Freistellungstage unterjährig nicht realisiert werden können, erfolgt eine Abgeltung gemäß § 3.13.3 Abs. 6.

Grundsätzlich erfolgt die Inanspruchnahme in Form von ganzen freien Tagen, vergleichbar dem Verfahren bei der Urlaubsnahme. Arbeitgeber und Beschäftigter können sich einvernehmlich auch auf eine hiervon abweichende Inanspruchnahme verständigen.

Bei der zeitlichen Festlegung der Freistellung sind die Wünsche des Beschäftigten im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Erkrankt ein Beschäftigter in dem Zeitraum, für den die Freistellung beantragt und genehmigt wurde, bleibt der Freistellungsanspruch im Umfang der durch ärztliches Zeugnis nachgewiesenen Tage der Arbeitsunfähigkeit erhalten. Arbeitgeber und Beschäftigter haben sich in diesem Fall unter Beachtung der vorgenannten Grundsätze auf einen neuen Freistellungszeitraum im Kalenderjahr zu verständigen.

Kann der Freistellungsanspruch aus personenbedingten Gründen nicht oder nicht vollständig im Kalenderjahr genommen werden, geht der Freistellungsanspruch unter. Im Umfang der nicht realisierten Freistellungstage besteht der Anspruch auf das tarifliche Zusatzgeld (A) nach § 2 Ziff. (1) a) TV T- ZUG. Dabei wird für jeden unterjährig nicht realisierten Freistellungstag 1/8 des tariflichen Zusatzgeldes gemäß § 2 Ziff. (1) a) TV T- ZUG abgegolten.

Endet das Arbeitsverhältnis nach Realisierung der Freistellungstage vor dem Auszahlungstag, ist die Differenz im Arbeitsentgelt zu verrechnen.

Die Ausübung einer Nebenbeschäftigung während der Freistellungszeit ist nicht zulässig.

Hannover, 17. März 2023

**Verband der Metallindustriellen  
Niedersachsens e.V.**

**IG Metall Bezirksleitung  
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

**Niemsch**

**Dr. Schmidt**

**Gröger**

**Maaß**